



IW-Gutachten

Globale Wertschöpfungs- ketten erhalten

Handelspolitische Empfehlungen für Bundesregierung und EU
Galina Kolev

Auftraggeber: INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
10117 Berlin
Köln, 6.1.21

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1 Einleitung	3
2 Entwicklung globaler Wertschöpfungsketten vor der COVID-19-Pandemie	3
3 Globale Wertschöpfungsketten im COVID-19-Stress	5
4 Die Zukunft globaler Wertschöpfungsketten	6
Literatur	9

Zusammenfassung

Ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie steht die globale Wirtschaft weiterhin vor der Herausforderung, die akuten Folgen der Corona-Krise zu bekämpfen und den Weg in die Post-Corona-Zeit zu ebnen. Dies gilt jenseits der direkten makroökonomischen Folgen der Corona-Krise auch für die Handelspolitik der EU. Gerade für Deutschland mit seiner exportorientierten Wirtschaft sind die Weichenstellungen entscheidend, die aktuell getroffen oder eingeleitet werden. Dabei bietet der Machtwechsel in den USA eine unverkennbare Chance, den Multilateralismus wiederzubeleben und bestehende Schwachstellen der globalen Handelsordnung anzugehen. Die EU sollte diese Chance ergreifen, um sich in einem geopolitisch schwierigeren internationalen Umfeld strategischer aufzustellen und neuen Protektionismus als Folge der Erfahrungen in der Pandemie zu verhindern.

In der Corona-Krise haben sich einige internationale Wertschöpfungsketten europäischer Unternehmen kurzzeitig als anfällig erwiesen. Vorprodukte hatten im Außenhandel etwas stärkere Rückgänge zu verbuchen als fertige Konsumgüter. Doch insgesamt sind die Lieferketten recht robust geblieben. Laut Umfragen nahmen die Sorgen deutscher Unternehmen vor einem Ausbleiben von Vorprodukten im Krisenverlauf ab März schon bald wieder merklich ab. Gleichwohl ist eine Diskussion über einen vermeintlich grundlegenden Umbau von Wertschöpfungsketten entstanden. Teils kamen auch Forderungen nach einer Renationalisierung auf.

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland und die EU-Handelspolitik sollten sich solchen Renationalisierungstendenzen entschieden entgegenstellen:

- Das Management von internationalen Wertschöpfungsketten ist keine staatliche, sondern eine unternehmerische Aufgabe. Die Firmen müssen selbst entscheiden, wie sehr sie ihre Zulieferbeziehungen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit in Zukunft stärker diversifizieren und inwieweit sie dabei bereit sind, höhere Kosten in Kauf zu nehmen.
- Allenfalls für einzelne besonders sensible Produkte, etwa in der medizinischen Grundversorgung, kann ein staatliches Eingreifen geprüft werden. Es sollte allerdings, wenn überhaupt, ein Einzelfall bleiben und so marktkonform wie möglich erfolgen, etwa durch mehr Lagerhaltung oder durch Anreize zur Diversifizierung für Unternehmen. Neue Handelsbarrieren sind dagegen fehl am Platz.
- Vor allem gilt es zu verhindern, dass Renationalisierungsmaßnahmen im Zuge von Gegenmaßnahmen zu einer Eskalation von Handelskonflikten führen.

1 Einleitung

Die Unterbrechung globaler Wertschöpfungsketten im Zuge der COVID-19-Krise hat die Diskussion um die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Anbietern, Märkten und Produktionsstandorten entfacht. Die abrupte Schließung von Produktionsstätten und sogar Ländergrenzen sowie die eingeführten Kontaktbeschränkungen im Zuge der Pandemiebekämpfung führten zu einer erheblichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Aktivität. Vor allem in den ersten Wochen nach der Virusausbreitung in Europa waren viele Unternehmen besorgt, dass fehlende Vorprodukte aus dem Ausland ihre Geschäftstätigkeit unterbrechen könnten. So gab mehr als ein Drittel der im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage befragten Unternehmen in der 12. Kalenderwoche des Jahres 2020 an, dass sie starke Auswirkungen infolge der Corona-Pandemie im Frühjahr/Sommer auf ihre Geschäftsabläufe aufgrund fehlender importierter Vorleistungen erwarten (Bardt/Grömling, 2020).

Innerhalb weniger Wochen und besonders nach ersten partiellen Lockerungen in Deutschland und bei vielen Handelspartnern stellte sich jedoch heraus, dass angebotsseitige Restriktionen weniger ausschlaggebend für die rückläufige Entwicklung sind als der Nachfragerückgang, der aus der hohen Unsicherheit und den Kontaktbeschränkungen resultiert. Ende Juni waren lediglich 17 Prozent der vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) befragten Firmen der Meinung, dass ihre Geschäftsabläufe durch das Ausbleiben ausländischer Vorleistungen gestört werden (Grömling, 2020). Nichtsdestotrotz begründet die aktuelle Krise eine Neubewertung des Geschäftsmodells vieler Unternehmen und im Fokus dieser Neubewertung steht die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten.

Dieses Gutachten liefert einen Überblick über die Entwicklung globaler Wertschöpfungsketten bis zur COVID-19-Krise und erörtert die Bedeutung von importierten Vorleistungen für die deutsche Wirtschaft. Darauf aufbauend werden wirtschafts- und handelspolitische Empfehlungen ausgearbeitet und es wird ein Ausblick für die Zeit nach COVID-19 gegeben. Abschließend wird anhand von Simulationen mit dem makroökonomischen Weltwirtschaftsmodell von Oxford Economics empirisch dargestellt, welche Effekte es haben würde, sollten die neuen Handelsbarrieren als Antwort auf die neu bewerteten Risiken aus der Globalisierung in einen globalen Handelskonflikt münden.

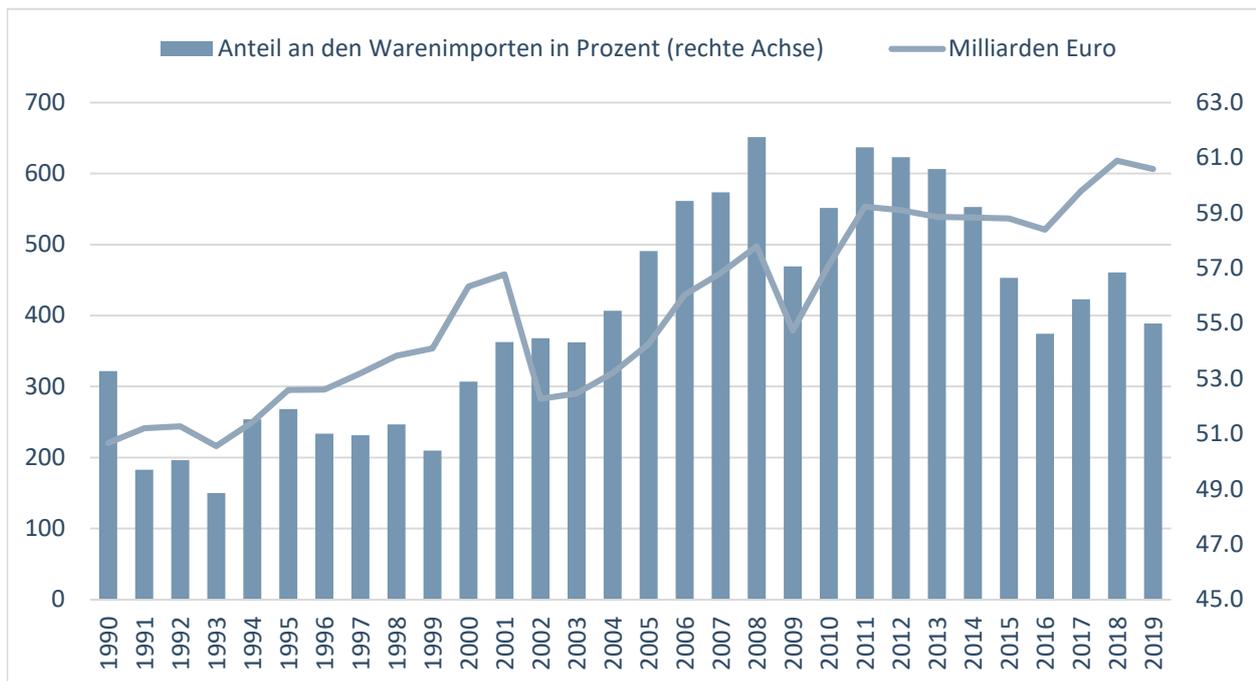
2 Entwicklung globaler Wertschöpfungsketten vor der COVID-19-Pandemie

Im Jahr 2019 importierte Deutschland Vorprodukte im Wert von über 600 Milliarden Euro (Kolev/Obst, 2020). Somit entfallen gut 55 Prozent der deutschen Warenimporte auf Vorprodukte, die eine Weiterverwendung im Produktionsprozess deutscher Unternehmen hierzulande finden. Hierbei haben zahlreiche Entwicklungen weltweit zum Ausbau der so dargestellten internationalen Lieferketten deutscher Unternehmen beigetragen. Dazu gehört der Prozess der Handelsliberalisierung, der die Handelskosten besonders in den 1990er Jahren erheblich senkte, der technologische Fortschritt, das rasante Wirtschaftswachstum in den großen

Schwellenländern, allen voran in China, aber auch die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU. Der Wert der importierten Vorprodukte hat sich als Folge dieser globalen Entwicklungen und der strategischen Orientierung der deutschen Unternehmen innerhalb der letzten 30 Jahre nahezu verdreifacht. Doch ähnlich wie der globale Warenhandel erfuhr auch der Handel mit Vorprodukten mehrere Rückschläge in diesem Zeitraum (Abbildung 2-1).

Abbildung 2-1: Deutsche Importe von Vorprodukten

Angaben in Milliarden Euro und als Anteil an den gesamten Warenimporten in Prozent



Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft

Der letzte Rückschlag vor der aktuellen Krise kam mit dem Einbruch der globalen Wirtschaftsaktivität im Jahr 2009 und kennzeichnete gleichzeitig eine Trendwende im Ausbau globaler Wertschöpfungsketten. Während der Anteil der Vorprodukte an den gesamten deutschen Warenimporten in der Zeit vor der Finanzmarktkrise 2009 kontinuierlich anstieg und im Jahr 2008 bei knapp 62 Prozent lag, setzte nach der kurzen Erholung in den Nachkrisenjahren ein Abwärtstrend ein. Hierbei handelt es sich weniger um ein deutsches Phänomen. Vielmehr spiegelt die Entwicklung der deutschen Importe von Vorprodukten einen allgemeinen globalen Trend wider (Fritsch/Matthes, 2020). Es kam zu einem weitgehenden Stillstand beim Ausbau und vereinzelt sogar zu einem leichten Rückbau globaler Wertschöpfungsketten. Parallel dazu nahm die Bedeutung der inländischen Standorte für die Gesamtwertschöpfung wieder etwas zu.

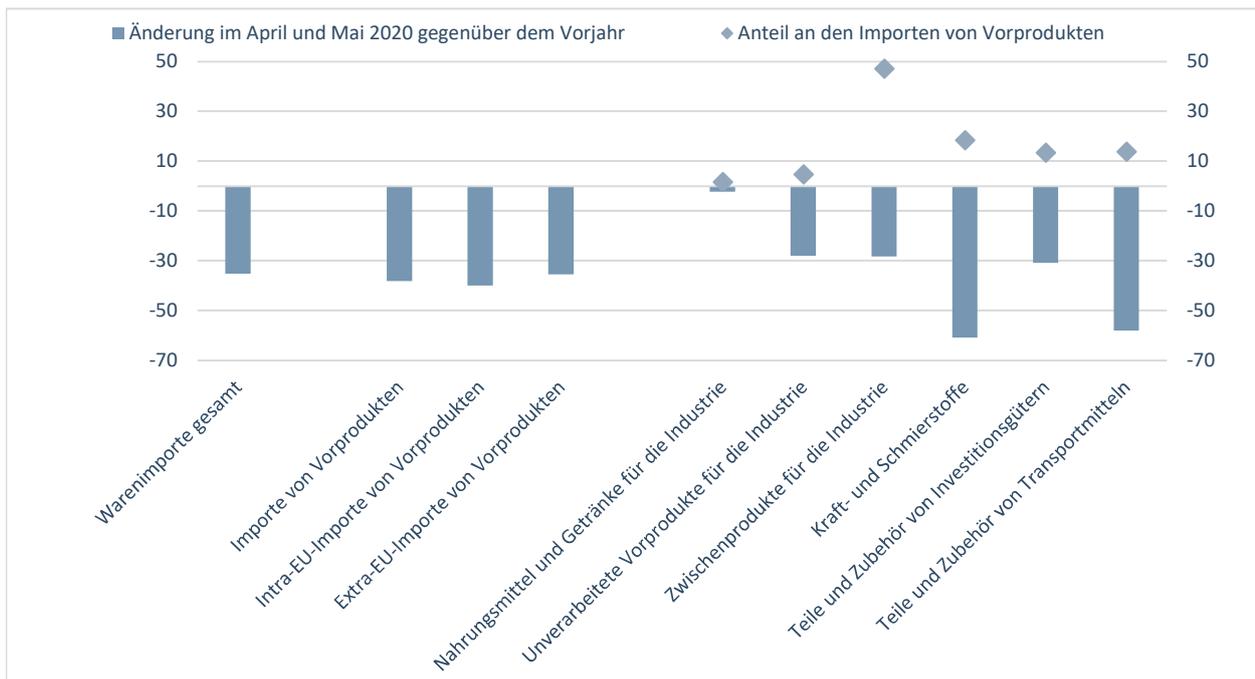
Mögliche Erklärungen für diese Entwicklung sind die Wachstumsverlangsamung in den großen Schwellenländern, die globale Unsicherheit in den Nachkrisenjahren und der neue Protektionismus, der mit dem Handelskonflikt der USA mit wichtigen Handelspartnern und vor allem mit China seinen Höhepunkt erreichte.

3 Globale Wertschöpfungsketten im COVID-19-Stress

Einen weiteren Rückschlag haben globale Wertschöpfungsketten im Zuge der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erfahren. Das globale Warenhandelsvolumen lag im zweiten Quartal des Jahres 2020 um fast 15 Prozent unter dem Vorjahreswert und dürfte selbst nach der Erholung in den Folgemonaten einen Rückgang von etwa 7 Prozent im Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2019 verzeichnet haben (IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, 2020). Der deutsche Handel mit Vorleistungsgütern ist von dieser Entwicklung besonders betroffen. Die Daten für April und Mai 2020 zeigen, dass der Rückgang der deutschen Vorleistungsimporte mit 27 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum in nominaler Rechnung besonders kräftig ausfiel und deutlich über dem Rückgang der gesamten Warenimporte Deutschlands in Höhe von 22 Prozent lag. Auf der Exportseite fiel der Rückgang der Exporte von Vorprodukten mit 29 Prozent nur marginal schwächer aus als der Rückgang der Gesamtexporte um 31 Prozent.

Abbildung 3-1: EU-Importe von Vorprodukten

Veränderung der Importe von Vorproduktkategorien im Vergleich zur Veränderung der gesamten Warenimporte; Anteil an den gesamten EU-Importen von Vorprodukten, jeweils in Prozent



Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft

Auf EU-Ebene schrumpften die Vorleistungsimporte im April und Mai wesentlich stärker und lagen um 38 Prozent unter dem Vorjahreswert (Abbildung 2-2). Vor allem die Importe aus anderen EU-Ländern (Intra-EU-Handel) erfuhren mit 40 Prozent einen kräftigen Rückgang, was sicherlich auf die starke COVID-19-Betroffenheit einzelner EU-Länder zurückzuführen ist. Zwar ist ein Teil der Entwicklung des Vorleistungshandels auf die gesunkenen Rohölpreise zurückzuführen. So lag der Preis eines Barrels der Sorte Brent im April und Mai im Durchschnitt um zwei Drittel unter dem Vorjahreswert und die EU-Importe von Brennstoffen für die Industrie, die im Jahr 2019 etwa 18 Prozent der Vorproduktimporte der EU ausmachten, waren um über 60

Prozent niedriger als im Vorjahr. Doch auch die Unterbrechung der Produktionsprozesse und die geschrumpfte Nachfrage spielten eine wesentliche Rolle für die Entwicklung des Vorleistungshandels. So wurden in der EU im April und Mai etwa 28 Prozent weniger industrielle verarbeitete Zwischenprodukte importiert, die 2019 für über 47 Prozent der gesamten Vorproduktimporte der EU standen. Am stärksten betroffen war jedoch der Handel mit Teilen und Zubehör für die Produktion von Transportmitteln, der im Jahr 2019 fast 14 Prozent der EU-Importe von Vorprodukten ausmachte. Hier schrumpfte der Wert der EU-Importe im April und Mai um etwa 58 Prozent unter den Vorjahreswert.

Im Juni setzte die Erholung des globalen Handels ein und auch die Vorleistungsimporte verzeichneten einen Anstieg. Das Welthandelsvolumen legte im Juni um fast 8 Prozent gegenüber dem Vormonat in preisbereinigter Rechnung zu und auch die deutschen Warenimporte stiegen um fast 20 Prozent in nominaler Rechnung gegenüber dem Monat Mai an. Doch während sich der Rückstau bei den Anschaffungen von Konsumgütern teilweise löste, wurde beim Handel mit Vorprodukten eher ein unterdurchschnittlicher Nachholeffekt verzeichnet. Zwar legten die deutschen Importe von Vorprodukten im Juni um 7,0 Prozent gegenüber dem Monat Mai zu, doch auch nach diesem Anstieg lagen sie um 11,8 Prozent unter dem Vorjahreswert. In der Gesamtbetrachtung der ersten zehn Monate des Jahres 2020 ist ein Rückgang der deutschen Importe von Erzeugnissen der Vorleistungsgüterproduzenten um 10,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verbuchen. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch auf der Exportseite beobachten, so dass auch hier ein starker Rückgang der nominalen Exporte von 9,2 Prozent im Zeitraum Januar bis Oktober gegenüber dem Vorjahr verbucht wurde.

Auch zu Beginn des Jahres 2021 führt die ungebremste Virusausbreitung in vielen Ländern weltweit zu Nachfrageschwäche und einer Unterauslastung von Produktionskapazitäten, die den Einsatz von Vor- und Zwischenprodukten in der Produktion beschränkt. Zwar dürften manche Unternehmen ihre Lagerbestände vorsorglich aufgestockt haben, jedoch sprechen auch hier Kapazitäts- und Kostengründe eher für einen moderaten Anstieg.

4 Die Zukunft globaler Wertschöpfungsketten

Während die direkten Auswirkungen der COVID-19-Krise auf den Vorleistungshandel aller Voraussicht nach vorübergehender Natur sein dürften, droht die Diskussion um die Abhängigkeit von internationalen Lieferanten, Märkten und Produktionsstandorten die Zukunft globaler Wertschöpfungsketten zu verändern. Die plötzliche Stilllegung von Produktionsstätten und Schließung von Grenzen besonders im März und April machte deutlich, dass internationale Lieferketten fragil sind und ökonomisch wie auch medizinisch eine Ansteckungsgefahr besteht (Baldwin/Tomiura, 2020; Kolev/Obst, 2020). In einer globalisierten Welt kann ein lokaler Schock grenzüberschreitende makroökonomische Effekte auslösen, sowohl über die nachfrageseitige Verflechtung als auch über die Vorleistungsschiene für die Produktion an anderen Standorten.

Doch stehen die mit der Internationalisierung der Wertschöpfungsketten verbundenen Risiken derzeit zu sehr im Vordergrund der öffentlichen Debatte. Demgegenüber werden die positiven

Aspekte der internationalen Arbeitsteilung nur unzureichend beleuchtet. Auch nach der Krise wird es für die international aufgestellten Unternehmen von Vorteil sein, sich auf einzelne Produkte oder Produktionsschritte zu spezialisieren und auf diese Art und Weise Produktivitäts- und Kostenvorteile zu realisieren. Und auch die Konkurrenz aus dem Ausland wird nach wie vor kostensenkend und wohlfahrtssteigernd auf den Markt von Vorprodukten wirken und den Anreiz für Innovationen und technologischen Fortschritt steigern.

Die aktuelle Krise dürfte gleichwohl dazu führen, dass auch die Unternehmen die Risiken globaler Wertschöpfungsketten neu bewerten. Manche Firmen mögen bei für sie sehr wichtigen Vorprodukten auf Kosteneinsparungen durch eine vollständige Spezialisierung auf einen einzelnen Lieferanten verzichten und eine stärkere Diversifizierung der Zulieferer anstreben. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass der Umgang mit diesen Risiken und Zielkonflikten eine unternehmerische Entscheidung bleiben muss. Deshalb sollte die Politik die Globalisierungsentscheidung wie in der Vergangenheit weiterhin den Unternehmen überlassen und keine wirtschafts- und handelspolitischen Eingriffe vornehmen, um Wertschöpfungsketten oder Teile davon als Präventionsmaßnahme für zukünftige Krisen zu renationalisieren. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich solchen Vorhaben entschlossen entgegenstellen.

Zwar ist es denkbar, dass gerade im medizinischen Bereich einzelne besonders wichtige Produkte identifiziert werden, für die höhere Lagerbestände eingerichtet werden, um die Grundversorgung in künftigen Krisen vom Maßstab der COVID-19-Pandemie zu sichern. Zudem kann die Politik erwägen, bei solchen Produkten für europäische Unternehmen Anreize zur Diversifizierung bei den Lieferanten zu setzen. Beispielsweise zeigt eine Studie des Beratungsunternehmens Roland Berger, dass die Erzeugung von Zwischenprodukten in der Antibiotikaherstellung seit Jahrzehnten ins Nicht-EU-Ausland verlagert wurde (Roland Berger, 2017). Es bedarf jedoch einer sorgfältigen Analyse, ob ein Eingriff seitens der Politik in solchen Bereichen gerechtfertigt ist.

Doch die Wiederbelebung des Protektionismus in den letzten Jahren etwa in den USA und auch die Pattsituation in der WTO verdeutlichen noch einmal die entscheidende Bedeutung eines klaren Bekenntnisses vonseiten Deutschlands und der EU zu einer multilateralen, reziproken und fairen Handelsliberalisierung. Sollten in der Nachkrisenzeit industrie- und handelspolitische Maßnahmen zur Renationalisierung unter dem Vorwand der Sicherung der Grundversorgung eine neue Welle des Protektionismus auslösen, so hat Deutschland aufgrund der hohen Offenheit viel zu verlieren.

Als Folge sich ausbreitender Renationalisierungsstrategien könnte es zu einem eskalierenden Handelskonflikt kommen. Die Konsequenzen eines solchen Szenarios lassen sich mithilfe des makroökonomischen Weltwirtschaftsmodells von Oxford Economics simulieren. Würden die USA ihre Zollsätze gegenüber der EU, China und fünf weiteren Handelspartnern um 25 Prozent erhöhen und käme es zu den entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen seitens der Handelspartner, so wäre das mittelfristig mit Kosten für die deutsche Wirtschaft in der Größenordnung von über 100 Milliarden Euro jährlich verbunden, das heißt, das preisbereinigte und in Preisen des Jahres 2015 gemessene Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte um über 100 Milliarden Euro geringer ausfallen (Tabelle 2-1). Somit würde das deutsche reale BIP um über 3 Prozent geringer

ausfallen, sollte ein globaler Handelskonflikt in dieser Form eskalieren. Damit einhergehend würde es zu einem dramatischen Rückgang des Welthandels um 15,9 Prozent nach zehn Jahren kommen, der auch die deutsche Exportwirtschaft stark treffen würde. Die preisbereinigten deutschen Exporte lägen um 13,9 Prozent unter dem Wert, der ohne die angenommene extreme Zuspitzung des Handelskonflikts zu erwarten wäre. Auch die Beschäftigung in Deutschland würde darunter leiden, was einen Anstieg der Arbeitslosenquote von 0,5 Prozentpunkten zur Folge hätte.

Tabelle 4-1: Ergebnisse der Simulationsrechnungen zehn Jahre nach dem eingetretenen Handelsschock

Größe	Effekt nach 10 Jahren
Reales BIP DE	–114 Milliarden Euro / –3,2 Prozent
Deutsche Exporte	–261 Milliarden Euro / –13,9 Prozent
Deutsche Importe	–223 Milliarden Euro / –12,6 Prozent
Arbeitslosenquote DE	+0,5 Prozentpunkte
Beschäftigung DE	–255 Tausend Beschäftigte
Welthandel	–15,9 Prozent
Reales BIP Welt	–2,9 Billionen US-Dollar / –2,9 Prozent

Handelsschock: Erhöhung der durchschnittlichen Zollsätze der USA gegenüber der EU, China und fünf weiteren Handelspartnern um 25 Prozent und entsprechende Vergeltungsmaßnahmen.

Quellen: Eigene Berechnungen mit dem Global Economic Model von Oxford Economics

Zu bedenken ist, dass das dargestellte Szenario nur den Handelsstreit der USA mit den wichtigsten Handelspartnern abbildet. Sollten auch die anderen Länder ähnliche Maßnahmen untereinander einführen, so wären die Folgen kaum abzuschätzen. Nichtsdestotrotz ist jedoch zu betonen, dass es sich hierbei keineswegs um eine Prognose handelt. Vielmehr beziehen sich die Berechnungen auf eine wenig wahrscheinliche Entwicklung, der es unbedingt vorzubeugen gilt. Deshalb sollte sich Deutschland sowohl in der EU als auch in der G7, G20 und der WTO mit Nachdruck gegen Protektionismus aussprechen und gemeinsam mit gleichgesinnten Ländern wie etwa in der Ottawa-Gruppe Lösungen erarbeiten, die die Zukunftsfähigkeit der Welthandelsordnung sichern.

Literatur¹

Backovic, Lazar, 2019, Kostspielige Dienstreise, in: Handelsblatt, Nr. 109, 7.6.2019, S. 52

Baldwin, Richard / Tomiura, Eiichi, 2020, Thinking ahead about the trade impact of COVID-19, in: Economics in the Time of COVID-19, S. 59

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2020, Kein schnelles Ende des Corona-Schocks: Ökonomische Einschätzungen deutscher Unternehmen, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 2, S. 21–41

Bardt, Hubertus / Kolev, Galina, 2020, Biden versus Trump – Positionen in der Handels-, Wirtschafts- und Klimapolitik, IW-Policy Paper, Nr. 16, Köln

Bardt, Hubertus / Lichtblau, Karl, 2020, Industriepolitische Herausforderungen, Horizontale Ansätze und neue Aufgaben für den Staat, IW-Analysen, Nr. 139, Köln

Bénassy-Quéré, Agnès / Wolff, Guntram, 2020, How has the macro-economic imbalances procedure worked in practice to improve the resilience of the euro area?, Study, Economic Governance Support Unit (EGOV) Directorate-General for Internal Policies, PE 645.710, Europäisches Parlament, Brüssel

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2020, The World Trade Organization at 25. Assessing the Economic Value of the Rules Based Global Trading System, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/global-economic-dynamics/projektnachrichten/usa-china-und-deutschland-profitieren-am-staerksten-von-der-wto> [26.8.2020]

Bertelsmann Stiftung / Merics / Rhodium Group, 2019, Beyond investment screening – Expanding Europe’s toolbox to address economic risks from Chinese state capitalism, Gütersloh

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2020, Bundeswirtschaftsminister Altmaier stellt die handelspolitischen Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments vor, Pressemitteilung des BMWi vom 3.9.20, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/09/20200903-altmaier-stellt-handelspolitische-schwerpunkte-der-deutschen-eu-ratspraesidentschaft-im-ausschuss-fuer-internationalen-handel-des-europaeischen-parlaments-vor.html> [10.9.2020]

Bundesregierung, 2020, Gemeinsam. Europa wieder stark machen. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, <https://www.eu2020.de/blob/2368182/31b12ea327ea1ab489932b9bd3d18841/07-15-pdf-rp-programm-neu-2--data.pdf> [26.8.2020]

¹ Die Literaturliste bezieht sich auf die Langfassung dieses Gutachtens zu verschiedenen handelspolitischen Themen. Das vorliegende Teilgutachten ist eine Auskoppelung.

Bündnis 90/Die Grünen, 2019, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.9.2019, Für eine nachhaltige EU-Handelspolitik – EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen stoppen, Landtag Nordrhein-Westfalen, 17. Wahlperiode, Düsseldorf

Busch, Berthold, 2013, Europas Binnenmarkt. Wirtschaftsraum mit Potenzial, Gutachten, 12.7.2013, <https://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/berthold-busch-europas-binnenmarkt-118924.html> [26.8.2020]

Busch, Berthold, 2020, Brexit und Außenhandel, IW-Report, Nr. 39, Köln

Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2018, Neue Prioritäten für die Europäische Union, IW-Report, Nr. 17, Köln

Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2020, Der Binnenmarkt – Herzstück der europäischen Integration, in: Becker, Peter / Lippert, Barbara (Hrsg.), Handbuch Europäische Integration, Bd. 2, S. 701–725

Eisenkopf, Alexander / Knorr, Andreas, 2020, Straßengüterverkehr: geplantes EU-Entsenderecht – ein protektionistischer Affront, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Nr. 3, S. 201–207

EP – European Parliament, 2019a, Balanced and fairer world trade defence – EU, US and WTO perspectives, Workshop documentation, EP/EXPO/B/INTA/2018/08-10, Brüssel

EP, 2019b, Europe's two trillion euro dividend, Mapping the Cost of Non-Europe, 2019-24, European Parliamentary Research Service, European Added Value Unit, PE 631.745 - April 2019 EN, Brüssel

EP, 2020, Draft, European Parliament Legislative Resolution on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 654/2014 of the European Parliament and of the Council concerning the exercise of the Union's rights for the application and enforcement of international trade rules, Brüssel

Europäische Kommission, 2002, Bericht über den Stand des Binnenmarktes für Dienstleistungen, KOM(2002) 441, Brüssel

Europäische Kommission, 2019, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 654/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln, COM(2019) 623 final, Brüssel

Europäische Kommission, 2020a, Mitteilung, Langfristiger Aktionsplan zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, COM(2020)94, Brüssel

Europäische Kommission, 2020b, Mitteilung, Hindernisse für den Binnenmarkt ermitteln und abbauen, COM(2020) 93, Brüssel

Europäischer Rat, 2020, Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (17., 18., 19., 20. und 21. Juli 2020) – Schlussfolgerungen, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10-2020-INIT/de/pdf> [26.8.2020]

European Commission, 2016, European Commission Takes Action to Open Up International Procurement Markets, Pressemitteilung, 29.1.2016, Brüssel

European Commission, 2017, On Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations, SWD(2017) 483 final/2, Brüssel

European Commission, 2018a, WTO Modernisation, Concept paper, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/september/tradoc_157331.pdf [13.5.2020]

European Commission, 2018b, Alliance emerges on WTO Reform at Ottawa Ministerial, <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1932&title=Alliance-emerges-on-WTO-Reform-at-Ottawa-Ministerial> [11.9.2020]

European Commission, 2020a, Trade in Healthcare Products, Concept Paper, 11.6.2020, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/june/tradoc_158776.pdf [26.8.2020]

European Commission, 2020b, EU-China Comprehensive Agreement on Investment, last updated 29.7.2020, <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2115> [27.8.2020]

European Commission, 2020c, White Paper on levelling the playing field as regards foreign subsidies, COM (2020) 253 final, Brüssel

European Commission, 2020d, Europeans' attitudes on Trade and EU trade policy, Special Eurobarometer 491, Brüssel

European Commission, 2020e, A renewed trade policy for a stronger Europe, Consultation Note, 16.6.20, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/june/tradoc_158779.pdf [11.9.2020]

European Court of Auditors, 2020, The European Semester – Country Specific Recommendations address important issues but need better implementation, Special Report, Nr. 16/2020, Luxemburg

Eurostat, 2020a, Verbraucherpreisniveaus im Jahr 2019, Pressemitteilung, Nr. 99, 19.6.2020, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11008690/2-19062020-AP-DE.pdf/291bd291-4754-3fc1-26e9-036b9d581d35> [26.8.2020]

Eurostat, 2020b, Comparative price levels of consumer goods and services, Statistics explained, Juni, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Comparative_price_levels_of_consumer_goods_and_services [26.8.2020]

EZB – Europäische Zentralbank, 2015, Lebensmittelpreise im Euro-Währungsgebiet: Ergebnisse der Untersuchung disaggregierter Preisdaten, in: EZB-Wirtschaftsbericht, Nr. 1, S. 42–62, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/602218/365f84e8d17714e68c40c1e5965287b8/mL/2015-01-ezb-wb-data.pdf> [26.8.2020]

Fiorini, Matteo et al., 2020, WTO negotiation and institutional reform priorities: Stakeholder perspectives, VoxEU-Kolumne, <https://voxeu.org/article/wto-negotiation-and-institutional-reform-priorities-stakeholder-perspectives> [26.8.2020]

Fritsch, Manuel / Matthes, Jürgen, 2020, On the relevance of global value chains and the intra-European division of labour, in: National Institute Economic Review, Nr. 252, Mai, S. R4-R18

Geinitz, Christian / Kotowski, Timo / Neuscheler, Tillmann, 2020, Französische Milliardenhilfen für Autoindustrie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 122, 27.5.2020, S. 15

Glania, Guido / Matthes, Jürgen, 2005, Multilateralismus oder Regionalismus? Optionen für die Handelspolitik der Europäischen Union, IW-Analysen, Nr. 11, Köln

Grömling, Michael, 2020, Produktionsrestriktionen der deutschen Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie, IW-Kurzbericht, Nr. 80, Köln

Grundke, Robert / Moser, Christoph, 2014, Hidden Protectionism? Evidence from Non-tariff Barriers to Trade in the United States, CESifo Working Paper, Nr. 5142, München

GTA – Global Trade Alert, 2020, Database https://www.globaltradealert.org/global_dynamics/area_all/day-to_0903 [26.8.2020]

GTAI – Germany Trade and Invest, 2018, „Made in Germany“ auf dem Prüfstand, Ausgabe 2018/2019, Bonn

Handelsblatt, 2019, Wirtschaft schimpft über Bürokratiemonster, Nr. 34, 18.2.2019, S. 13

Hatje, Armin, 2007, Die Dienstleistungsrichtlinie – Auf der Suche nach dem liberalen Mehrwert, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Nr. 33, S. 2357–2363

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, 2020, Weite Wege der Erholung – IW-Konjunkturprognose Herbst 2020, IW-Report, Nr. 46, Köln

Kober, Klemens / Kirchhoff, Jasmina / Matthes, Jürgen, 2020a, Corona-Krise macht Liberalisierung des Handels mit Gesundheitsgütern noch dringlicher, IW-Kurzbericht, Nr. 69, Köln

Kober, Klemens / Kirchhoff, Jasmina / Matthes, Jürgen, 2020b, Gerade in Corona-bedingte Zeiten: Ausfuhrbeschränkungen Handelsbeschränkungen aufheben, in: ICC Germany Magazin, Nr. 11, erscheint in Kürze

Koch, Thorsten / Kuhlmann, Bärbel, 2019, Die Entsenderichtlinie schränkt die Freizügigkeit ein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 127, 3.6.2019, S. 16

Kolev, Galina, 2020a, Globale Lieferketten im COVID-19-Stress, WBS Highlights 2020, Hochschule RheinMain, Wiesbaden, S. 43–46

Kolev, Galina, 2020b, Für eine nachhaltige EU-Handelspolitik, Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Landtag Nordrhein-Westfalen, <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-2222.pdf> [10.9.2020]

Kolev, Galina, 2020c, Wie die Wirkung des Protektionismus verkannt wird, IW-Kurzbericht, Nr. 3, Köln

Kolev, Galina / Matthes, Jürgen, 2020, Multilaterale Abkommen: Enthusiasmus und Enttäuschung, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Nr. 5, S. 320–324

Kolev, Galina / Obst, Thomas, 2020, Die Abhängigkeit Deutschlands von internationalen Lieferketten, IW-Report, Nr. 15, Köln

Kraatz, Susanne, 2019, Entsendung von Arbeitnehmern, Kurzdarstellungen über die Europäische Union, https://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_2.1.13.pdf [26.8.2020]

Kronberger Kreis, 2020, Kein Rückzug in die Festung Europa!, Berlin

Lindner, Roland, 2020, PSA darf Mitarbeiter nicht transferieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 136, 15.6.2020, S. 20

Matthes, Jürgen, 2006, Doha im Koma – was auf dem Spiel steht, in: ifo Schnelldienst, 59. Jg., Nr. 17, S. 11–14

Matthes, Jürgen, 2007, Weltkrieg um Wohlstand und pathologischer Exportboom?, IW-Analysen, Nr. 28, Köln

Matthes, Jürgen, 2019, Zur Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China im Außenhandel. Eine Faktensammlung, IW-Report, Nr. 43, Köln

Matthes, Jürgen, 2020a, Die europäische Handelspolitik und China - Schritte zu einer neuen Balance mit fairem Wettbewerb, IW-Analysen, Nr. 138, Köln

Matthes, Jürgen, 2020b, Unternehmensübernahmen und Technologietransfer durch China. Gefahrenpotenziale und Gegenmaßnahmen, IW-Report, Nr. 34, Köln

Matthes, Jürgen, 2020c, China's market distortions and the impact of the Corona crisis, in: CESifo-Forum, 21. Jg., Nr. 3, erscheint in Kürze

Matthes, Jürgen, 2020d, Technologietransfer durch Unternehmensübernahmen chinesischer Investoren, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Nr. 8, S. 633–639

Matthes, Jürgen, 2020e, Auf Augenhöhe mit Peking, in: Internationale Politik, Nr. 3, Juni (online), <https://internationalepolitik.de/de/auf-augenhoehe-mit-pekings> [26.8.2020]

Matthes, Jürgen, 2020f, Mehr Licht als Schatten, IW-Kurzbericht, Nr. 86, Köln

Mavroidis, Petros C. / Sapir, André, 2019, China and the World Trade Organisation: Towards a better fit, https://www.bruegel.org/wp-content/uploads/2019/06/WP-2019-06-110619_.pdf [26.8.2020]

Monopolkommission, 2020, Wettbewerb 2020, XXIII. Hauptgutachten, https://www.monopolkommission.de/images/HG23/HGXXIII_Gesamt.pdf [26.8.2020]

Morin, JF / Dür, A. / Lechner, 2018, Mapping the trade and environment nexus: Insights from a new dataset, in: Global Environmental Politics, Nr. 18(1)

Ottawa Group, 2020, June 2020 Statement of the Ottawa Group: Focusing Action on Covid-19, 22.6.2020, <https://www.wita.org/atp-research/june-2020-statement-of-the-ottawa-group-focusing-action-on-covid-19/> [26.8.2020]

Politico, 2020, Economic patriotism is back amid the coronavirus crisis, 30.3.2020, <https://www.politico.eu/article/economic-patriotism-is-back-amid-the-coronavirus-crisis/> [24.10.20]

Roland Berger, 2017, Sicherheit der Antibiotika-Versorgung in Deutschland: Ist „Made in EU“ eine realistische Option?, https://www.progenerika.de/wp-content/uploads/2017/02/20161212_ProGenerika_Antibiotikastudie2016.pdf [24.6.2020]

Samuelson, Paul A., 2004, Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization, in: Journal of Economic Perspectives, 18. Jg., Nr. 3, S. 135–146

Sassoli, David, 2020, Moderator des Europa-Parlaments, in: Handelsblatt, Nr. 140, 23.7.2020, S. 47

Think!Desk – China Research and Consulting, 2015, Assessment of the normative and policy framework governing the Chinese economy and its impact on international competition, Study for AEGIS, Brüssel

USTR – United States Trade Representative, 2020, Joint Statement of the Trilateral Meeting of the Trade Ministers of Japan, the United States and the European Union, 14.1.2020, <https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/press-releases/2020/january/joint-statement-trilateral-meeting-trade-ministers-japan-united-states-and-european-union> [19.6.2020]

WTO – World Trade Organization, 2018, Procedures to enhance Transparency and strengthen Notification Requirements under WTO Agreements, Communication from Argentina, Costa Rica, the European Union, Japan and the United States, JOB/GC/204, Genf

WTO, 2020a, Principles of the trading system, https://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/fact2_e.htm [26.8.2020]

WTO, 2020b, The WTO's 25 years of achievement and challenges, https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/dgra_01jan20_e.htm [26.8.2020]

WTO, 2020c, Trade facilitation, https://www.wto.org/english/tratop_e/tradfa_e/tradfa_e.htm [26.8.2020]

WTO, 2020d, Export prohibitions and restrictions, Information Note, 23.4.2020 https://www.wto.org/english/tratop_e/covid19_e/export_prohibitions_report_e.pdf [26.8.2020]

WTO, 2020e, Trade in medical goods in the context of tackling Covid-19, Information Note, 3.4.2020, https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/rese_03apr20_e.pdf [26.8.2020]